

# **DKP-Informationen**

**Nr. 3/2011 - 25. September 2011**

## **5. Parteivorstandstagung**

**10. September 2011**

**Referat(e)  
Beschlüsse**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

## **5. Tagung des Parteivorstands der DKP**

### **10. September 2011, Dortmund**

---

### **Inhalt**

1. Tagesordnung
  2. Aktuelle politische Entwicklungen und Aufgaben der DKP  
Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP
  3. Beschlüsse
- 

### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung / Regularien
2. Aktuelle politische Entwicklungen und Aufgaben der DKP
3. Diskussion
4. Information zum Stand der Vorbereitung der theoretischen Konferenz
5. Beschlüsse
6. Verschiedenes
7. Schlusswort

## **5. Tagung des Parteivorstands der DKP**

**10. September 2011, Dortmund**

---

### **Aktuelle politische Entwicklungen und Aufgaben der DKP**

**Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst noch einmal zur Information:

laut unserem beschlossenen Termin- und Themenplan soll auf dieser 5. Parteivorstandtagung der Schwerpunkt „Kommunalpolitik“ beraten werden. Der Genosse Patrik Köbele hatte sich sehr dafür eingesetzt und bereit erklärt, das Referat zu diesem Thema zu halten. Eine vorher nicht planbare Verschiebung seines Jahresurlaubs machte es notwendig, dieses Thema auf eine der nächsten PV-Tagungen zu verschieben. Zum Einen äußerten andere, als ReferentInnen angefragte GenossInnen, zeitliche Probleme, andererseits wurde auch die Meinung vertreten, dieses Thema im Beisein des Genossen Patrik zu beraten, da er sich für diesen Bereich engagiert.

Mit dem heutigen Referat werden nun einige aktuelle Entwicklungen aufgezeigt und Fragen zur einigen Aufgaben der DKP angesprochen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Plasmabildschirme wollen auch sie“

So war ein Artikel in der FAZ vom 31.8.2011 überschrieben, der sich mit den „Londoner Krawallen“ auseinandersetzte. Es wird in diesem Artikel vor allen Dingen die Frage gestellt, ob z. B. die Plünderungen in London nicht einer „moralischen Ökonomie“ folgen, ob es nicht „anomische Aufstände“ sind?

„Anomie“, ein Begriff, den der Soziologe Émile Durkheim Ende des 19. Jahrhunderts in die soziologische Forschung einführte, beschreibt einen „Zustand, in dem das Vertrauen in soziale Normen, Regeln und Institutionen schwindet, wenn gesellschaftliche Erwartungen und Ziele mit den verfügbaren Gelegenheiten und Mitteln nicht mehr erreicht werden können.“ (FAZ 31.8.11)

In der FAZ wird als eine Ursache für den wachsenden Zorn in ärmeren, an den Rand der Gesellschaft gedrängten Schichten der Bevölkerung die Tatsache benannt, dass englische Politiker falsche Speisangaben machten, damit sie sich bessere Wohnungen und Plasmabildschirme anschaffen können. Dies ist nur ein Beispiel aus einer langen Liste, die jedoch deutlich macht, dass es in England, in der die sogenannte Fairness von Bedeutung ist, diese immer schneller schwindet.

Im Großen sind es die Rettungsprogramme für Banken, deren Kosten, mit dem größten Sparprogramm in der britischen Geschichte, die Mehrheit der Bevölkerung tragen soll. Nur noch 13 Prozent der Arbeiterklasse ist in Großbritannien in Produktionsbetrieben beschäftigt, die Mehrheit im Dienstleistungssektor. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden massiv ausgebaut. In dieser Gesellschaft gibt es kaum noch Perspektiven für viele Jugendliche, jemals einen regulären Arbeitsplatz zu bekommen.

Dagegen gibt es Gegenwehr – und ihre Lebenssituation lässt denen, die ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind, die zur Kasse gebeten werden, scheinbar keine andere Wahl: sie gehen auf Raubzug und plündern. Damit vollziehen ihrer Meinung nach nur sie das nach, was andere in ganz anderen Dimensionen tagtäglich tun.

Sie richteten sich aber mit ihrem Protest nicht vorrangig gegen den Staat oder gegen die Polizei. Sie hatten offenbar auch gar keine politischen Ziele. Es ging im Wesentlichen darum, einen Anteil am Konsum zu erhalten, sich einen Anteil zu sichern bzw. gegen die Gesellschaft, die scheinbar nur noch auf Konsum ausgerichtet ist und sich um die Belange vieler Menschen gar nicht mehr kümmert, zu kämpfen.

Dieses Nachdenken über ihre Situation und der Zweifel an einer Konsumgesellschaft kann möglicherweise ein Anfang sein. Jedoch erst, wenn sich die Wut mit Forderungen nach Bildung, Ausbildung und Arbeit, nach einem anderen Leben verbindet, kann daraus – nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Spanien, Italien, Portugal und Griechenland und auch bei uns – einer der Motoren werden, aus denen sich Widerstand bei der Jugend in Europa entwickelt. Und nicht nur bei der Jugend.

Eine gute Bildung ist eine der Grundlagen für eine gute Ausbildung. Dieser Zusammenhang wurde auf der letzten PV-Tagung in der Diskussion noch einmal belegt. Wer eine gute Schulbildung erfährt, hat mehr Chancen, einen guten und qualifizierten Ausbildungsplatz zu erhalten. Nicht nur, aber auch deshalb, sind die vergangenen „Bildungsstreiks“ für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, aber auch für die Jugendlichen in der Ausbildung oder in den sogenannten „Warteschleifen“ wichtig. Zu begrüßen ist die Initiative für einen neuen Bildungsstreik, die von einer bundesweiten Beratung im Juli in Berlin ausgeht. Demnach treffen sich an diesem Wochenende auf Einladung des Berliner SchülerInnenbündnisses „Bildungsblockaden einreißen!“ InitiatorInnen zur Vorbereitung einer bundesweiten Schulstreikkonferenz (17.11.) und um über weitere Aktivitäten zu beraten.

Und in der letzten PV-Tagung haben wir in der Diskussion weitere Fakten gehört, von denen hier einige noch einmal erwähnt werden sollen:

- Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen unter 25 Jahren steckt in unsicheren Arbeitsverhältnissen, hat eine Infratest-Umfrage für die IG Metall ergeben.
- Zwei Drittel der unter 35-Jährigen waren in ihrer Berufseinstiegsphase prekär beschäftigt oder arbeitslos.
- Begriffe wie „Generation Praktikum“ und „Generation Prekär“ sind in die Alltagssprache eingezogen.

Diese Beispiele für die mageren Zukunftsaussichten sind Grund für die Jugend der IG Metall, gemeinsam mit anderen die „Operation Übernahme“ zu fordern. Sie sagen am 1. Oktober in Köln ab 12 Uhr: Gemeinsam sind wir laut und stark!

Zu ihrem bundesweiten Aktionstag werden über 20.000 Menschen erwartet – für die Zukunft der jungen Generation und für die unbefristete Übernahme!

Zu einem Sternmarsch, einer Demo und dem Laut und stark-Festival sind aber selbstverständlich UnterstützerInnen aller Altersgruppen gern gesehen.

Für uns lässt sich die Diskussion zur Übernahme nach der Ausbildung auch bestens verbinden mit der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung. Denn nicht jung gegen alt muss es heißen, sondern sichere und reguläre Arbeitsplätze für alle. Der Arbeitsmarktforscher Christopher Pissarides, der 2010 den Nobelpreis erhalten hat, sieht es anders. In einem Interview mit FAZ vom 29.8. erklärt er doch tatsächlich, dass der Kündigungsschutz das Problem ist, weshalb Jugendliche keine Arbeit bekommen. Es sei schwer, jemanden zu entlassen, und deshalb finden nur selten Einstellungen statt. Dies trifft laut Pissarides besonders in Spanien und Frankreich zu, da diese Länder eine „exzessiv hohe Regulierung“ haben.

Da wir jedoch wissen, dass keine Arbeitsplätze durch Verzicht auf Rechte wie den Kündigungsschutz geschaffen werden, setzen wir uns dafür ein, die Arbeitszeitverkürzung zu fordern – bei vollem Lohnausgleich, versteht sich. Das kann ein Weg sein, um auch die Forderung nach der Abschaffung prekärer Beschäftigung durchzusetzen.

Die Entwicklungen der gesellschaftlichen Umbrüche in Nordafrika, den arabischen Ländern, im Nahen Osten machen ebenfalls klar, dass viele Menschen nicht länger bereit sind, die Sparprogramme auf ihre Schultern zu laden. Allein in Israel erleben wir die größten Demonstrationen der Geschichte dieses Staates. Hunderttausende – davon viele, die gut ausgebildet sind und sich bislang zum sogenannten Mittelstand zählten – tragen ihren Protest gegen die Beschlüsse der Regierungen auf die Straße. Doch es sind auch hier nicht nur junge Menschen, die aktiv werden.

In dieser Woche wurde von den Gewerkschaften zu einem Generalstreik in Italien gegen die Sparprogramme aufgerufen. In Griechenland halten die Proteste der vergangenen Monate an, in Spanien, in Portugal, in Frankreich – im Juni in Tschechien und Rumänien – die Proteste gehen weiter. Aber viel zu oft handeln die Gewerkschaften und die anderen Akteure nicht einheitlich.

Und das ist eine weitere Schwäche der Gegenbewegung. Auch deshalb lässt der Erfolg dieser Bewegungen noch auf sich warten. Kommunistische Parteien oder linkssozialistische Kräfte gehören zudem nicht oder nur teilweise zu den Organisatoren der Proteste.

Dass Widerstand notwendig ist, dass er nicht nachlassen darf, sondern breiter, größer, organisierter und stärker werden muss, das zeigen die aktuellen Entwicklungen.

Und die Krise ist noch lange nicht vorbei. Eine Tatsache, die wir nicht erst heute feststellen, die allerdings jetzt auch in den bürgerlichen Medien thematisiert wird.

Dass der Jubel über den „Aufschwung“ der Wirtschaft in der BRD nicht von langer Dauer war, dass es erste Anzeichen eines Nachlassens des uns als Boom verkauften Schubs gibt, kann und wird nicht länger verschwiegen. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland bricht ein.

Fast täglich wird schon darauf hingewiesen, dass die „Konjunktur“ nun ein Ende haben wird. Da nützen auch keine bereinigten und schön gefärbten Arbeitslosenquoten mehr.

Doch die Herrschenden haben nun auch erkannt, dass mit rein wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen die Krise nicht einzudämmen ist, dass politisch gehandelt werden muss.

Hinzu kommt auch die Erkenntnis, dass die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung ein nicht zu vernachlässigender Faktor ist, dass wieder Mehrheiten für sich und die herrschende Politik gewonnen werden müssen, die Menschen wieder „eingebunden“ werden.

Denn so ganz spurlos gehen die Aktivitäten und Bewegungen in anderen Ländern nicht an unserem Land vorbei.

Dass Zustimmung mit einer reinen Finanzdebatte und vor allem mit Sparprogrammen, die die öffentliche Daseinsfürsorge, die Städte und Gemeinden sowie die Mehrheit der Bevölkerung treffen, nicht zu erhalten ist, zeigen die Bewegungen in vielen Ländern gegen die Maßnahmen der Regierungen, die immer häufiger als das wahrgenommen werden, was sie tatsächlich sind: Allein Maßnahmen im Interesse, zur Rettung und Sanierung der Konzerne und Banken.

In der EU wird – vor allen Dingen von den Regierungen Frankreichs und der BRD – versucht, einen gemeinsamen Weg aus der Krise zu finden. Scheinbar geht es hier nur um den Versuch, den Euro als Währung zu erhalten. Letztlich geht es gerade aber diesen beiden Staaten darum, ihre Position und ihre Macht in der EU, in Europa und auch weltweit zu erhalten und auszubauen.

Das Werben von Sarkozy für eine „Wirtschaftsregierung“ stieß zunächst auf wenig Resonanz bei Bundeskanzlerin Merkel. Teile der Unternehmerverbände und auch der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, drängen auf schnellere Schritte und auch auf mehr politische Einheit.

Mit dem Vorschlag ihrer Arbeitsministerin von der Leyen konnte sich Angela Merkel dann plötzlich anfreunden und geht jetzt sogar mit dem Projekt der „Vereinigten Staaten Europas“ auf Werbetour. Die CSU sperrt sich noch gegen diese Vorstellungen, aber mit der Debatte wurde zunächst schon einmal der Schritt aus dem ökonomisch/finanziellen Bereich, wie der Diskussion um die Euro-Rettungsschirme und die Sparpakete, in den politischen Bereich gegangen.

Die EU wurde seit ihrem Bestehen immer wieder von Krisen begleitet, ein Merkmal des Kapitalismus ist seine Krisenhaftigkeit. Diesen wurde in der Regel mit politischen Maßnahmen wie z. B. dem Maastricht-Vertrag oder der Lissabonstrategie begegnet.

Dafür wurde immer wieder die neue Zustimmung der nationalen Regierungen und der anderen wesentlichen Akteure für die Fortführung des Integrationsprozesses ausgehandelt. Einen starken Einfluss übten dabei auch schon in der Vergangenheit die politischen Verhältnisse in den Kernländern und den Machtverhältnissen zwischen diesen aus.

Heute wird von einer „existenziellen“ Krise der EU gesprochen. Die gegenwärtige Debatte zeigt, dass auch die aktuelle Krise nicht gelöst oder überwunden wird, aber mit den Mitteln aus früheren Tagen bearbeitet und geregelt werden soll.

Die Krise des Euro, die ja in den letzten Wochen und Monaten sogar für so stark unterschiedliche Meinungen sorgte und die Union ins Wackeln brachte, führt im Endeffekt jedoch zum Gegenteil: Die EU und die Länder der Eurozone werden enger miteinander verbunden, weil auch noch abhängiger voneinander, als je zuvor. Und das Paradox dabei: Diese Vertiefung der transnationalen Integration wird über die dominanten Nationalstaaten Deutschland und Frankreich vermittelt.

Doch diese aus Macht-, Finanz- und Wirtschaftsinteressen hervorgebrachte „Einheit“ hat nicht das Geringste mit dem zu tun, was den Menschen mit einem vereinten Europa versprochen worden ist, denn sie folgt allein Kapitalinteressen.

Denn wenn

- Griechenland, Irland, Portugal, ... unter Vormundschaft von EU, EZB und IWF gestellt sind,
- den nationalen Parlamenten das Haushaltsrecht entzogen und die nationalen Haushalte erst von der Europäischen Kommission genehmigt werden müssen,
- mittels der EU nationale Sparprogramme auferlegt werden, wodurch die Sozialsysteme zerstört und die Binnennachfrage abgewürgt und Millionen in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt werden,
- ganze Länder innerhalb der EU verarmen, weil sie nie mehr die aufgedrängten Kredite werden zurückzahlen können,
- sich nur diejenigen Länder – wenn überhaupt – als souveränes politisches Subjekt behaupten können, die die Schecks ausstellen (und das sind nur wenige Staaten und vor allem Deutschland),
- die „Märkte“ – d. h. eine Handvoll von Großbanken, Finanzinstituten und Ratingagenturen – die Politik diktieren,

dann ist das europäische Projekt auf seinen nackten Kern – auf die Interessen und die Macht der Banken und der transnationalen Konzerne zurückgeführt.

In der Folge wird die Legitimitätskrise der europäischen Integration noch weiter zunehmen. Wie die Entwicklungen in Italien, Ungarn, Finnland, Frankreich zeigen, ist dies das Klima, in dem rechte populistische Parteien gedeihen.

In dieser Situation müssen Antworten für eine fortschrittliche Lösung im Interesse der Menschen erarbeitet werden.

Wobei ich gleich jeder Irritation begegnen möchte, wir würden eine solche Entwicklung begrüßen, die daran ausgerichtet wird, das Europa der Banken und Konzerne, des Militarismus zu stärken. Ich stelle fest, dass linke und kommunistische Kräfte einem Europa mit diesem Charakter immer entgegengetreten sind. Wir verschließen aber nicht die Augen davor, dass hier Prozesse ablaufen, die eine objektive ökonomische Grundlage haben.

Und wie sieht denn unsere Alternative zu dieser Debatte der Regierenden und Herrschenden aus? Wie arbeiten wir mit der „Politischen Resolution“ und dem „Aktionsorientierten Forderungsprogramm“, also den Beschlüssen des 19. Parteitages der DKP, entwickeln Vorschläge und gehen in die Aktion, zu Veranstaltungen von uns und von anderen und nehmen die Diskussion über die Zukunftsfragen auf?

Dies ist umso wichtiger zu klären, da die geschürte Debatte der Herrschenden über neue Wege aus der Krise nur als „Flucht nach vorne“ angetreten wird.

Schließlich geht die Krise des globalen Kapitalismus in eine neue Runde, zeigen die Sparprogramme genau die von uns auch in der „Politischen Resolution“ des 19. Parteitags vorhergesagten Wirkungen, die am Beispiel des Umgangs mit der Krise und in Griechenland am besten zu sehen sind.

Hier würgen die Sparprogramme Konjunktur und Wachstum ab. Damit werden genau die Faktoren untergraben, die für die Bedienung der Kredite und den Abbau der Staatsverschuldung zentral wären.

Neue Kredite sind notwendig, die Verschuldung steigt mit den Sparprogrammen zu ihrer Bekämpfung, statt sie zu senken.

Die nächste Folge ist: die Ratingagenturen stufen wegen der negativen wirtschaftlichen Aussichten weiter ab, was zu Risikoauflagen und höheren Zinsen für diese Länder führt.

Die Verschuldung steigt damit wieder an, was zu neuen Sparprogrammen führt. Die Spirale dreht sich weiter.

Das Resultat haben wir vor uns:

Da die Konzerne und Banken immer weniger Steuern zahlen, fehlt dieses Geld dem Staat. Also leiht sich der Staat das Geld bei diesen Banken. Dafür werden Zinsen verlangt, für die sie auch keine Steuern bezahlen. Doch um seine Staatsaufgaben zu leisten, braucht der Staat Geld. Also beschließt die Regierung Gesetze und Maßnahmen, mit denen das Geld bei den ArbeiterInnen, RentnerInnen, usw. ... geholt wird.

Nicht die Sparprogramme sind eine Folge der Verschuldung und ein Instrument zu ihrer Bekämpfung, sondern umgekehrt bildet die Staatsverschuldung die Legitimation für immer neue Sparprogramme.

Es geht nicht um den Abbau der Schulden, sondern um die Zinszahlung an die Reichen, mit dem einzigen Ziel, einen immer größeren Teil des BIP zu Gunsten der Reichen umzuverteilen.

Da sich die Bevölkerung, wie oben bereits geschildert, diesen Griff in die Taschen nicht immer stillschweigend gefallen lässt, müssen Gesetze geschaffen werden, die es möglich machen.

Dass dies mit dem Abbau von Demokratie verbunden sein muss, liegt auf der Hand. Heute muss in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ wieder einmal gegen Vorratsdatenspeicherung und Überwachung demonstriert werden. Wir erleben nicht nur im Lande Sachsen, dass AntifaschistInnen wegen ihres Engagements kriminalisiert und faschistische Angriffe gegen sie und ihre Familien – so in Dortmund – durch Polizei und Justiz nicht verfolgt werden. Wir erleben, dass Unternehmer versuchen, kritische GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen zu entlassen und teilweise zu kriminalisieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mittlerweile ist nicht nur Griechenland das „Versuchskaninchen“, das anscheinend die Frage der Regierenden und der Banken und anderen beantworten soll: „Wie weit kann diese Spirale gedreht werden, ohne dass alles außer Kontrolle gerät?“

Irland, Spanien, Italien, Portugal .....

Wenn eine demokratische und soziale Alternative eröffnet werden soll, dann muss in den derzeitigen Mechanismus eingegriffen und er muss aufgebrochen werden: Die Reichen sollen zahlen! Der Finanzsektor muss in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden, und zwar bevor sie die Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet haben und von sich aus überschuldet unter das Dach des Staates flüchten. Die Funktion der EZB muss verändert werden.

Das alles kann nicht erreicht und verändert werden, wenn sich nicht in allen europäischen Ländern die Bevölkerungen und vor allem die Gewerkschaften dafür einsetzen. Es bedeutet nicht, wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren und abzuwarten was noch kommt. Es geht darum – wenn auch nur in kleinen Schritten –, gemeinsame Ziele, Forderungen und Kämpfe zu entwickeln. Und zu den Aktivitäten Mehrheiten in der Bevölkerung zu gewinnen für soziale und demokratische Veränderungen. Hier liegt die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten, der antikapitalistischen Kräfte in ganz Europa – und damit der DKP.

Dass dies nicht gleichbedeutend ist mit dem Ziel, den Sozialismus hier und sofort zu erkämpfen, liegt auf der Hand. Aber es ist Teil unseres Kampfes. Eine sozialere und gerechtere Gesellschaft bringt veränderte, verbesserte Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus.

Ich weise noch einmal auf das Referat der letzten Parteivorstandstagung hin, in der u. a. die Rolle der Gewerkschaften hervorgehoben wurde. Der lange und mühsame Weg der Entwicklung von Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse und fortschrittlicher Menschen muss auch in dieser Frage gegangen werden, wenn Veränderungen zugunsten einer Perspektive mit dem Ziel, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“ (Karl Marx), erkämpft werden sollen.

Doch wir sollten nicht nur darüber nachdenken, wie wir verändern können, sondern wir müssen auch handeln!

Die Empörten der spanischen Bewegung „Democracia real YA!“ haben für den 15. Oktober 2011 zu dezentralen Aktionen in ganz Europa aufgerufen. Diesem Aufruf haben sich bereits weitere Organisationen angeschlossen, u. a. das europäische Netzwerk attac. Die Forderungen dieser Aktionen sind:

- mehr Demokratie,
- Entmachtung der Finanzmärkte und
- die Solidarität zwischen den europäischen BürgerInnen zu erkämpfen.

Dieser Aktionstag sollte von uns, von den Mitgliedern der DKP, unterstützt werden.

Auch in diesem Land sind schon jetzt viele dezentrale Aktionen geplant. In Berlin soll eine Krisenanhörung mit anschließender Kundgebung vor dem Kanzleramt, in Leipzig eine Demonstration und ein politisches Straßenfest stattfinden. Attac-Gruppen kündigen in Braunschweig, Dresden, Erlangen, Frankfurt am Main, Freiburg, Hamburg, Mainz/Wiesbaden, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart und Wuppertal Aktionen an. Sicher und hoffentlich ist diese Aufzählung nicht vollständig. Wenn in euren Städten noch nichts geplant ist, dann liegt es an euch / an uns, dies zu verändern!

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Antikriegstag, mit dem wir nicht nur an die leidvolle Geschichte dieses Landes und davon ausgehend auch die Verbrechen, die durch den Faschismus in ganz Europa an den Menschen verübt wur-

den, erinnern, wurde mit vielen Aktionen und Veranstaltungen am und um den 1. September begangen.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Das ist eine der wesentlichen Aussagen, die für uns und alle AntifaschistInnen auch heute noch eine große Bedeutung haben. Und doch sehen wir angesichts der Kriege, die nach wie vor in dieser Welt für den Ausbau der Macht- und Herrschaftsgelüste des Kapitals geführt werden, dass wir nicht nachlassen dürfen in dem Kampf um Frieden und eine gerechte und soziale Welt.

Dazu müssen wir feststellen, dass in Afghanistan die Bundeswehrsoldaten gemeinsam mit den Armeen anderer imperialistischer Staaten im Interesse des Zugriffs und der Verteilung der Rohstoffressourcen töten und getötet werden. Der Krieg gegen Libyen, der ebenfalls gegen das Völkerrecht verstößt – auch hier wird mit deutschen Waffen gemordet.

Die Bundeswehr – wir wissen es und sollten es trotzdem immer wieder sagen – ist eine Armee, die außerhalb der Grenzen der BRD agiert: ob am Hindukusch, im Nahen Osten oder auf den Meeren vor Afrika. Wir wiederholen unsere Forderung: Die Bundeswehr hat nichts in anderen Regionen dieser Welt zu suchen. Raus aus Afghanistan! Keine Beteiligung oder Unterstützung der imperialistischen Kriege!

Aber wir wissen auch, dass allein die Forderungen und auch vereinzelt Aktionen nicht reichen, diese Kriege zu beenden. Dazu brauchen wir mehr: Wir dürfen nicht nachlassen, gemeinsam mit anderen in Bündnissen zu arbeiten, wo es sie gibt, und darauf hinzuwirken, dass es mehr Friedensbewegte in unserem Land gibt, darauf hinzuarbeiten, dass auch in den Betrieben und Gewerkschaften diese gesellschaftlichen Fragen einen noch größeren Stellenwert einnehmen. Dass die Sicherung der Arbeitsplätze, der Kampf um Arbeitszeitverkürzung, die Aktivitäten gegen Sozial- und Demokratieabbau nur ein Teil der Forderungen sein kann. Sie müssen verbunden werden, mit dem Kampf für Frieden und gegen Faschismus!

Und auch dieser ist leider immer noch ein für uns alle wichtiges Thema: Das Verbot und die Auflösung der NPD und anderer faschistischer Organisationen steht auf der Tagesordnung. Wenn der SPD- Abgeordnete und voraussichtlich wieder Ministerpräsident Erwin Sellering in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des Wiedereinzugs der NPD in den Landtag bei der Wahl am letzten Sonntag als letzten Satz in einem Interview sagt: „... und zum Schluss habe ich noch eine große Bitte an alle westlichen Bundesländer: Helft uns und sorgt mit uns gemeinsam für ein Verbot der NPD!“, ist dem von uns nur hinzuzufügen: Wir fordern dieses von den Regierenden, verlassen wir uns dabei aber auch auf unsere eigene Kraft und die Kraft der antifaschistischen Aktionen. Es darf nicht sein, dass täglich faschistische Aufmärsche und Kundgebungen stattfinden, wie am 3. September in Dortmund polizeilich geschützt, dass Menschen von Faschisten verfolgt, bedroht und ermordet werden, dass Nazis in unserem Land ungehindert ihre faschistische Ideologie verbreiten. Um das zu verhindern, brauchen wir Aktionen und Demonstrationen wie in Berlin, Dresden oder jüngst in Dortmund, wo AntifaschistInnen u. a. mit dem Bündnis „Dortmund stellt sich quer“ gegen den jährlich stattfindenden Aufmarsch der Faschos aktiv werden mussten und ein großes Polizeiaufgebot die Faschisten und ihren Aufmarsch schützte.

Dazu brauchen wir darüber hinaus überall Bündnisse wie in Bremen, Dresden, Kiel, Hamburg, Berlin, Hannover, München und in vielen – eigentlich allen – anderen Städten. Bündnisse, in denen es darum geht, mit vielen unterschiedlichsten Aktionen eine möglichst breite Bewegung herzustellen. Von Christen, Kommunisten, Sozialisten, Grünen, MigrantInnenorganisationen, gesellschaftlichen Institutionen, Bildungs- und Sportvereinen, mit autonomen Kräften, GewerkschafterInnen und vielen anderen Bewegung zu entwickeln gegen Nazis und Faschismus. In und vor Betrieben, Schulen und Vereinen müssen wir ebenso aktiv werden wie auf der Straße. Die Erfahrung lehrt: Nur dort, wo sich regionale Bündnisse durch Menschen aus der Region zur Wehr setzen gegen rechts, wo Anwohner einbezogen sind, auch bürgerliche Leute und Kirchenvertreter aktiv werden, fühlen sich die Nazis nicht mehr wohl und haben keine Chance. Denn nur dann wird auch das Alltagsdenken und Handeln der Menschen in diesen Regionen sensibilisiert. Durch die gemeinsamen Aktionen wachsen außerdem der Mut und die Entschlossenheit, sich gemeinsam auf die Straße gegen Faschismus zu begeben.

Leider ist das Problem der Rechtsentwicklung und der Zunahme faschistischer Aktivitäten nicht nur bei uns auf der Tagesordnung; besonders brutal wurde dies in Norwegen deutlich. Bei den vergangenen Wahlen in einigen europäischen Ländern haben rechtskonservative bis hin zu faschistischen Parteien Stimmen hinzugewonnen, sind in Parlamente eingezogen.

Teilweise versuchen diese Parteien jetzt den Druck auf ihre politischen Gegner zu erhöhen, wie z. B. in Ungarn, wo die staatliche Gesetzgebung bürgerlich-demokratische Rechte – so auch die Presse- und Meinungsfreiheit – massiv einschränkt und ganze Regionen bereits von Faschisten kontrolliert und beherrscht werden. Einher gehen diese Entwicklungen immer mit einer Zunahme von antikommunistischen Aktivitäten oder Gesetzen, wie in Polen, wo sogar der rote Stern auf der Verbotsliste steht.

Deshalb müssen wir nicht nur stärker die internationale Solidarität herstellen, sondern versuchen die antifaschistische Arbeit über Grenzen hinweg zu fördern und zu unterstützen. Vereinigungen wie die FIR müssen einen größeren Rückhalt in ihrer Arbeit erfahren, die Erfahrungen solcher internationaler antifaschistischer und antirassistischer Organisationen sollten mehr von uns genutzt, zumindest beachtet werden.

Genossinnen und Genossen,

in Mecklenburg-Vorpommern waren gerade Wahlen, knapp die Hälfte der Wahlberechtigten hat den Stimmzettel ausgefüllt.

In Berlin finden am nächsten Wochenende Wahlen zum Senat statt. Auch die DKP Berlin steht, nach erfolgreicher Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften, mit einer KandidatInnenliste zur Wahl. Wir wünschen von dieser Tagung einen guten Abschluss mit vielen Stimmen für die DKP!

Weitere Wahlen in anderen Bundesländern folgen in den nächsten Monaten.

Doch die Ergebnisse der Stimmenanteile und erst recht die Prozente bei Wahlen für Parteien sind nur die eine Seite der Medaille.

Denn losgelöst von der Frage, wer bei den Wahlen Mehrheiten findet oder wer mit wem koalitiert, sehen große Teile der WählerInnen sich und ihre Wünsche und Forderungen nicht mehr durch die Parlamente vertreten.

Wenn eingangs der Soziologe Durkheim zitiert wurde, dann trifft dies sicher auch auf das Ansehen und das Wirken von Parteien zu, denn „... das Vertrauen in soziale Normen, Regeln und Institutionen schwindet, ...“ (s.o.)

Doch geht es wirklich nur um Wahlen? Wir kennen den Spruch: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, dann wären sie verboten.“

Aber es geht eben nicht nur um die Stimmen für parlamentarische Arbeit. Es geht uns doch darum, den außerparlamentarischen Kampf weiter zu entwickeln, zu stärken, Druck durch die Bewegungen und Initiativen der Menschen auf die Parlamente auszuüben, damit dann die Forderungen durchgesetzt werden.

Die Zustandsbeschreibung in den Kieler Nachrichten vom 29.8.2011 zur Regierungspolitik lautet: „Der nächste heiße Herbst – Nach dem ‚Herbst der Entscheidungen‘ 2010 steht Angela Merkel ein entscheidender Herbst 2011 bevor. ...“

Ob es ein richtig heißer Herbst wird, liegt letzten Endes auch an uns.

Tatsache ist, dass es von der Frage der Atomenergie, den sogenannten Reformen im Gesundheitswesen, über die Vorratsdatenspeicherung, die Veränderungen in der Rentenpolitik bis hin zu der Frage der „Umgestaltung der Bundeswehr“ zusätzlich zu den Auseinandersetzungen um die Eurorettungsschirme bereits in der Koalition von CDU/FDP und CSU viele Streitpunkte gibt.

Das ist nicht gerade dazu angetan, den Menschen das Vertrauen in die Politik zu bringen.

Aber auch die anderen Parteien, über FDP, SPD und Grüne, punkten immer nur scheinbar bei den WählerInnen. Sogenannte Aufwärtstrends bei der Zustimmung der Bevölkerung werden schließlich immer daran gemessen, wie viele Prozentpunkte bei einer Wahl oder gar möglichen Wahl geholt werden. Da stehen diejenigen, die nicht wählen gehen wollen, gar nicht mehr zu Debatte.

Doch dieser Vertrauensschwund in die Parlamente, in die Politik, in die Parteien muss auch von uns ernst genommen werden.

Die Berichterstattung über die Partei Die Linke in den Medien und die Versuche, darüber eine bestimmte Richtung in dieser Partei zu fördern, ist uns hinlänglich bekannt. Auch ihr eigenes Agieren, ihr Umgang und teilweise die Selbstdarstellung dieser Partei durch ihre Mitglieder und gewählte Funktionäre machen auch ihre unterschiedlichen Positionen deutlich. Und es zeigt: Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei können ihr auch nach außen schaden. Es kommt dabei nicht nur auf die Form der Auseinandersetzung an, sondern auch auf die Themen.

Und gerade bei der Partei Die Linke scheint der Streit immer stärker um politische Grundfragen zu gehen. Mit dem im August vorgestellten Papier »Reformen zur Stärkung der UNO sind notwendig und machbar. Vorschläge für eine linke Positionierung zur Weltorganisation«, das verfasst wurde von André Brie, Ernst Krabatsch, Stefan Liebich, Paul Schäfer und Gerry Woop, werden einige Kernpunkte in

der Friedensfrage neu gestellt. Laut einer Mitteilung des Bundessprecherrats der Kommunistischen Plattform geht es u. a. um die Möglichkeit „militärisch ergänzter UN-Missionen“ und um militärische Einsätze „nur bei Einbettung in eine politische Mission“.

Die Kommunistische Plattform äußert sich zu dieser Frage mit folgender Schlussbemerkung „... niemand sollte annehmen, dass wir dazu beitragen werden, den nun notwendig gewordenen Auseinandersetzungen um die friedenspolitischen Prinzipien der LINKEN auszuweichen.“

Genossinnen und Genossen,

ich sage dies hier, weil es uns nicht egal sein kann, wie sich die Partei Die Linke entwickelt. Nach wie vor ist sie ein entscheidender Faktor im Land. Von vielen linken und antikapitalistischen Kräften wird sie auch in den Parlamenten als die Alternative angenommen. In vielen Fragen vertritt sie die Positionen der außerparlamentarischen Bewegungen.

Sollte diese neu aufgeworfene Debatte um die Friedensfrage mit einer Entwicklung nach dem Inhalt des o. g. Papiers enden, dann hat die Friedensbewegung eine wichtige und starke Kraft verloren. Überall dort, wo sie – wie in Berlin – Sozialabbau mitmacht, verlieren die Linken im Land eine wichtige Stimme und Gegenkraft.

Deshalb gilt es, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern dieser Partei und mit der Partei Die Linke, wo es möglich ist, weiterhin zu suchen und zu forcieren.

Gleichzeitig dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass auch uns dieser Vertrauensverlust in Politik und Parteien betrifft.

Zusätzlich zu dem Antikommunismus begegnen doch auch wir oft skeptischen Blicken und Fragen, wenn wir uns als Partei äußern. Auch wenn diese Skepsis häufig verbunden ist mit einem „Ja, ihr habt recht mit euren Vorschlägen, aber das sind doch auch nur Versprechungen; wenn ihr wirklich die Möglichkeit habt zu regieren, sieht es doch ganz anders aus.“

Diesen Aussagen können wir nicht entgegnen mit dem Hinweis auf das Treiben in anderen Parteien. Da müssen wir schon unsere eigene Arbeit und unser eigenes Auftreten und Darstellung betrachten.

Wie kann denn kurz die Rolle einer kommunistischen Partei, der DKP heute, beschrieben werden?

Letzten Endes ist die Rolle der DKP in unserem Parteiprogramm beschrieben. Sowohl was die weltanschaulichen Grundlagen angeht, als auch die Aufgabenstellung in der heutigen Zeit.

Wir sind eine kommunistische Partei, die nach den Lehren von Marx, Engels, Lenin arbeitet. Die Verbreitung marxistischen Wissens auf der Grundlage einer einheitlichen Weltanschauung ist etwas, an dem wir uns messen lassen. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft ist, um diese Gesellschaft zu verändern und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Unsere Aufgabe ist es, für die in unserem Programm genannten Punkte zu kämpfen.

Unsere Aufgabe ist es, in den Gewerkschaften, in den Bündnissen, in denen wir aktiv sind, unsere Positionen einzubringen und zu diskutieren. Dies geht allerdings nur, wenn wir an die wirklichen, an die heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen anknüpfen.

Um die Zukunft zu erkämpfen und später zu gestalten, müssen wir ebenso die Erfahrungen der Geschichte berücksichtigen, diskutieren und zur Analyse und der Entwicklung von Antworten auf aktuelle Fragen nutzbar machen.

Unsere Aufgabe ist es, mehr Menschen davon zu überzeugen, dass es eine Alternative zum Kapitalismus gibt, dass er nicht das Ende der Geschichte ist, dass der Sozialismus erkämpft werden muss und nicht im Selbstlauf kommt, dass bessere Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen auf diesem Weg helfen, bevor es dann – später - zum Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse kommt.

Und werden wir dieser Rolle, den eigenen Anforderungen gerecht?

Es gibt viele gute Aktionen der GenossInnen vor Ort, es gibt Orientierungen des Parteitags mit der „Politischen Resolution“ und dem „Aktionsorientierten Forderungsprogramm“, des PV, in der UZ.

Es gibt viel Bewegung in diesem Land, die wir gemeinsam mit anderen Kräften entwickeln und weiter entwickeln müssen.

Es gibt gewerkschaftliche und betriebliche Auseinandersetzungen, die unterstützt und entwickelt werden müssen.

Es gibt Veranstaltungen von Bildungsträgern und Institutionen, von Vereinen und Verbänden, an denen wir teilnehmen können und mit den Anwesenden ins Gespräch, in die Diskussion kommen können.

Die Aufzählung lässt sich sicher ergänzen. Ein alter Werbespruch sagt: „Es gibt genug zu tun – packen wir es an!“ oder für uns passt vielleicht besser: „Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt!“

Denn darauf sollen unsere Aktivitäten doch abzielen: marxistisches Wissen verbreiten, aktives Handeln entwickeln!

Was steht dem entgegen?

Ich denke, der Streit in unserer Partei um einige inhaltliche Fragen führt momentan mehr zur Lähmung als zu Aktionen.

Hinzu kommt, dass viele GenossInnen nicht in die Debatten um Positionen einbezogen sind, und viele wollen sich laut eigener Aussage auch nicht „schon wieder mit Auseinandersetzungen in der Partei“ befassen.

Trotz allem geht es an keinem Mitglied der DKP vorbei, dass sich gestritten wird, dass es geradezu einen Kampf um Positionen und Mehrheiten gibt.

Viele äußern große Sorge um die Partei.

Dabei wird die Auseinandersetzung nicht wegen der diskutierten Fragestellungen wahrgenommen, wie z. B.:

- Die Analyse des Kapitalismus / Imperialismus und der sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen
- Das Verhältnis vom Kampf um Reformen hin zum Kampf um revolutionäre Veränderungen
- Der Rolle der Gewerkschaft
- Die Bündnispolitik und die Rolle der DKP
- Das Verhältnis von nationalen und internationalen Ebenen und Kämpfen

Die Form der Debatten und Beiträge ist es, die vielen GenossInnen die Lust auf die Diskussion um inhaltliche Fragen nimmt und ihre Befürchtungen um die Einheit der Partei vertieft.

Und tatsächlich zeigt sich auch aus meiner Sicht immer häufiger eine „Ersatzdiskussion“. Obwohl der Parteitag die „Politische Resolution“ mit fast 70 Prozent beschlossen hat, wird nicht dieses Dokument diskutiert und wie wir damit umgehen, wie wir es in der Arbeit anwenden und umsetzen, sondern es werden z. B. erste Entwürfe der Thesen des Sekretariats debattiert, Passagen zitiert, die erstens ohnehin nur den damaligen Parteivorstandsmitgliedern zugeschickt wurde, und zweitens auch bereits verändert wurden. Wem nutzt also so eine Diskussion?

Wir leisten uns den Streit darüber, ob wir Partei sind, die den Marxismus-Leninismus verbreitet, obgleich dies in Programm und Statut der DKP eindeutig festgelegt ist.

Es wird noch heute darüber diskutiert, ob der Auftritt von „Die Bandbreite“ auf dem Pressefest nun richtig war oder nicht, ohne dabei die Diskussion über Kultur zu führen.

Es wird in Reden und Artikeln tatsächlich die Anzahl von Begriffen gezählt wie: Imperialismus, Sozialismus usw., und meint daran zu erkennen zu können, ob GenossInnen revisionistisch oder revolutionär sind.

Neu – und ich gestehe irritierend – ist für mich in der Parteilarbeit auch, dass eine vom Parteivorstand nicht beschlossene Vorlage (Aktionen zur Unterstützung einer europaweiten EL-Initiative gegen die Sparprogramme) nach 6 Wochen plötzlich als Erklärungsgrundlage für eine gegenteilige Position von Mitgliedern dieses Gremiums genutzt wird. Ich ging bisher immer so daran: was nicht beschlossen wurde, muss nicht veröffentlicht werden. Die Frage stellt sich doch, weshalb diese Öffentlichkeit nun durch diejenigen hergestellt wird, die gegen den Beschluss so einer Initiative waren.

Einige Worte auch zum Umgang mit den neuen Medien.

Ich gehöre zu den Menschen, die das Glück hatten – oder die Pflicht zur beruflichen Weiterbildung nutzen mussten – und habe bereits Anfang der 90er Jahre mehrmonatige PC-Kurse besucht.

Damals war es wirklich ein neues Medium – über Internet und Email wurde da noch gar nicht geredet. Ich habe ein wenig Programmieren gelernt, ebenso wie Anwendersoftware bedienen. Dieses Wissen musste ich zwangsläufig beruflich und trotzdem gern und interessiert ständig erweitern.

Kurz gesagt: ich kann mit Computern und was sie so können ganz leidlich umgehen.

Auch die Tatsache, dass sie es möglich machen, sich über weite Entfernungen schnell und konkret auszutauschen, habe ich als sehr hilfreich erfahren, z. B. beim Verfassen eines Flugblatts, einer Zeitung oder eines Artikels, für kurze schriftliche Mitteilungen usw. Ich will es nicht weiter ausführen, es muss aber bei dem weiteren Gesagten berücksichtigt werden.

Genauso kenne ich – ebenfalls aus den 90er Jahren und früher – die Form der Diskussion in der Partei – der kommunistischen Partei! So wurden z. B. Kritik, Fragen, Meinungen u. ä. zu Beschlüssen und Arbeitsweisen von Gremien entweder in diesen selbst angesprochen in denen die GenossInnen mitarbeiteten, oder es wurden über die Gruppen, dann die Kreise, dann die Bezirke diese Dinge an den Parteivorstand weitergeleitet. Wege, wie sie nach meinem Dafürhalten auch heute noch in einer kommunistischen Partei üblich sein sollten, da sie die Meinungsbildung und Diskussion in den verschiedenen Ebenen der Partei berücksichtigt und dem bewussten Aufbau unserer Partei Rechnung trägt.

Eine Frage, Bitte, Vorschlag, Meinungsäußerung auch direkt an den Parteivorstand waren und sind selbstverständlich immer möglich, wenn keine Klarheit zu schaffen ist. Doch ich denke, mit dem Umgang und der Nutzung von Email und anderen schnell im Schneeballprinzip sich verbreitenden Nachrichten werden momentan völlig neue Wege gegangen. Es werden z. B. Briefe mit Meinungen, Fragen und Kritik an den Parteivorstand geschickt, teilweise mit der direkten Aufforderung nach Antwort, die gleichzeitig! über Email-Verteiler an verschiedene Regionen und zahlenmäßig nicht bekannte Empfänger geschickt werden. Das ist ein einfaches und schnelles Verfahren, um Meinungen zu verbreiten. Ich stelle aber die Frage, weshalb dann überhaupt eine Antwort gewünscht wird, wenn doch die Frage anscheinend eine Meinung ist und ob eine Antwort auch später über die nicht bekannten Verteiler geschickt wird? Nachvollziehbar ist es nicht.

Ganz neu ist die Tatsache, dass Briefe mit Fragen und Meinungen von Gruppen oder Kreisen nicht nur an den Adressaten und die o. g. Verteiler gehen, sondern auch der Adresszeile zu entnehmen ist, dass sie ebenfalls an die zentrale Schiedskommission geschickt werden. Wohlgermerkt, ohne dass ein Antrag auf Ordnungsverfahren oder die Bitte um die Klärung statutarischer Fragen gestellt sind. Ist den Absendern Rolle und Funktion einer Schiedskommission nicht bekannt? Oder was sonst wird mit so einem Umgang bezweckt?

Ich sehe in dieser Form der Meinungsbildung und der Meinungsvermittlung, des Umgangs unter und mit GenossInnen die Gefahr, dass nicht mehr miteinander geredet wird, sondern irgendwann nur noch übereinander geschrieben wird.

Ich denke, auch in der Welt von Email und Co. sollten sich BriefschreiberInnen immer einmal wieder die Frage stellen, ob dieser Brief nicht doch nur an den einen Empfänger gehen sollte. Und ob, wenn Fragen gestellt werden, nicht erst eine Antwort abgewartet wird, bevor dann evtl. beides zusammen weiterverschickt wird. Auch oder gerade, wenn es sich um Nachfragen zu Mehrheitsbeschlüssen des Parteivorstands handelt.

Genossinnen und Genossen,

warum das alles in einem Referat auf einer PV-Tagung?

Weil es unsere Arbeitsweise und damit auch die Ergebnisse unserer Arbeit beeinflusst, wie wir miteinander, aber auch wie die GenossInnen und die Vorstände der Partei miteinander in das Gespräch kommen.

Ein solidarischer Umgang miteinander ist der erste Weg zu einer gemeinsamen Diskussion, auch über unterschiedliche Positionen.

Eine konstruktive Debatte verlangt andere Rahmenbedingungen und eine andere Form als die oben geschilderte. Sie verlangt gegenseitigen Respekt, Achtung und Akzeptanz, das ist Voraussetzung, wenn man eine Debatte unter Kommunistinnen und Kommunisten führt. Die Debatte muss geprägt sein von der ehrlichen Darstellung von Positionen, dort, wo sie unklar sind, durchaus auch von Fragestellungen, und sie muss bei Ablehnung der jeweilig anderen Position eine überzeugende inhaltliche Argumentation auf der Grundlage der Theorien und der Praxis der DKP darlegen.

In dieser Ellenbogengesellschaft ist es üblich, wird teilweise sogar gefordert, dass sich Menschen mit Stärke gegen andere durchsetzen. (Fast) jedes Mittel ist recht, um sich seinen Platz in der Lebens- und Arbeitswelt, in Studium und Schule zu erkämpfen. Nach den Maßstäben der Herrschenden ist im Kapitalismus nicht Solidarität, sondern Abgrenzung und sich selbst ins richtige Licht rücken gefordert, nicht Kollektivität, sondern Zweikampf gewünscht – Ausnahmen bestätigen dies, da es dann nur um

die Vermehrung des Profits geht. Dagegen setzen wir KommunistInnen uns gemeinsam mit anderen zur Wehr: in der Bildung, im Betrieb, in allen Lebensbereichen. In einer kommunistischen Partei geht es darum, GenossInnen nicht aus- oder abzugrenzen, Kritik sollte sachlich und inhaltlich sein und nicht personifiziert werden. Wir wollen einen solidarischen und kollektiven Umgang miteinander entwickeln.

Diese Rahmenbedingungen müssen in erster Linie wir, die Mitglieder des Parteivorstandes, schaffen. Auf unseren Tagungen wird viel diskutiert, allerdings nicht von allen gewählten FunktionärInnen der Partei. Das jedoch scheint mir eine wichtige Grundlage, der Verantwortung für dieses Amt gerecht zu werden. Eigene Ideen, Erfahrungen und Meinungen zu den gestellten Fragen in der politischen Debatte müssen eingebracht werden. Ebenso ist die Vermittlung der Beschlüsse und Diskussionen, die Auswertung unserer Tagungen in den Gruppen, Kreisen usw. in erster Linie die Aufgabe des regional nächsten Mitglieds des Parteivorstandes.

Es sollte inzwischen bekannt sein – einige GenossInnen kennen es gar nicht anders –, dass die Arbeit in der sogenannten „Zentrale“ von sehr wenigen geleistet wird. Deshalb sind die oft geäußerten Wünsche nach umgehender Eingangsbestätigung von Briefen oder Antworten unrealistisch, und außerdem könnte häufig die Klärung bereits in der Gruppe, im Kreis oder mit dem aus der Region kommenden PV-Mitglied erfolgen. Leider gibt es auch weder die zeitliche noch die finanzielle Möglichkeit in dieser personellen Situation unserer Partei, so etwas wie ein gut funktionierendes Anleitungssystem vom Parteivorstand aufzubauen. Verantwortlich für das Vermitteln von Beschlüssen, Initiativen und der Diskussion im PV sind alle PV-Mitglieder – am Besten zunächst für ihre Region.

Früher hätte ich an die neu in den PV gewählten Mitglieder gesagt: „Es ist klar, in so einem gut zusammen arbeitenden Gremium braucht es Zeit, um in die Arbeit reinzukommen.“ Doch ich möchte daran erinnern, dass die Zusammensetzung dieses Parteivorstands und die sich daraus ergebenden Diskussionen wie auch der Umgang miteinander für uns alle neu ist. Und wenn es, über die Beschlüsse des 19. Parteitags hinaus, etwas gibt, was der Parteitag beschlossen hat, dann diesen Parteivorstand: in dieser Größe, mit genau diesen GenossInnen, in dieser Anzahl.

Das heißt aber auch: Es gibt keine Parteivorstandsmitglieder mit „Beobachterstatus“, nur gemeinsam können wir erreichen, dass die DKP letzten Endes gestärkt auch oder trotz der inhaltlichen Auseinandersetzungen in das zweite Jahr nach dem 19. Parteitag geht.

Die Debatte um Meinungsunterschiede wird sicher mehr Zeit benötigen. Sie wird mit der theoretischen Konferenz am 30. Oktober in Hannover nicht beendet sein. Sie kann im Vorfeld, auf der Konferenz und danach nur sachbezogen geführt werden.

Und über die Debatte sollte das aktive Eingreifen nicht vergessen werden.

Verantwortlich sind alle gewählten Mitglieder des Parteivorstands und der Partei, die Politik der Partei mit zu entwickeln, sie vor Ort zu diskutieren und für die Umsetzung aktiv zu werden.

## **5. Tagung des Parteivorstands der DKP**

### **10. September 2011, Dortmund**

---

### **Beschlüsse**

## **Arbeitszeitverkürzung für mehr sichere Arbeitsplätze – gegen Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung!**

Von den fünfziger Jahren bis in die frühen neunziger Jahre konnten die Gewerkschaften vor dem Hintergrund einer enormen Produktivkraftsteigerung erfolgreich Arbeitszeitverkürzungen von über 48 auf teilweise 35 Stunden durchsetzen. Andere Arbeitszeitverkürzungen wie ein früheres Renteneintrittsalter oder ein gesetzlicher Mindesturlaub von 24 Werktagen wurden gesetzlich festgelegt. Die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche in den achtziger Jahren war keine rein gewerkschaftliche, sie wurde von vielfältigen Kräften auch erfolgreich gesellschaftspolitisch geführt.

Seit den neunziger Jahren, auch seit dem Wegfall der Systemkonkurrenz, findet ein Aufrollen verschiedenster politischer und gewerkschaftlicher Errungenschaften der Arbeitenden statt. Eine verfestigte Massenarbeitslosigkeit, bei der mit rund 3 Millionen registrierten Arbeitslosen nur jeder zweite Erwerbslose gezählt wird, verbunden mit einer sog. „Hartz-Gesetzgebung“, die Tür und Tor für Deregulierung öffnete und mit Hartz IV zur Keule gegen Arbeitende und Arbeitslose wurde, schwächten die Kampfkraft der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften. Das findet seinen Ausdruck auch in der Hyperflexibilisierung und vor allem Ausweitung von Arbeitszeiten, zumeist ohne Lohnausgleich, was letztendlich auch den Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt immer weiter reduziert. Die deutsche Exportwalze, die Ökonomien anderer Länder überrollt, wird auch mit längeren Arbeitszeiten geschmiert.

Die Situation ist u. a. gekennzeichnet durch

- tendenziell steigende tarifliche Arbeitszeiten, oft durch „Öffnungsklauseln“ befördert,
- bereits wieder über 40 Wochenstunden liegende tatsächliche Arbeitszeiten,
- (im bürgerlichen Sinne) unbezahlte Arbeitszeiten in Freizeit und Urlaub,
- zunehmende Entgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit.
- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 mit steigender Tendenz, wenn es nach dem Willen der Kapitalisten gehen wird.
- 30 Prozent aller Arbeitenden bzw. auf Erwerbsarbeit angewiesenen sind prekär beschäftigt oder erwerbslos.
  
- Zugleich arbeiten immer mehr Menschen in unfreiwilliger Teilzeit, Minijobs etc., deren Verdienst nicht zum Leben reicht.
- Alle Formen prekärer Beschäftigung, von den genannten bis hin zu unbezahlten Praktika, Probearbeit etc. konnten erst durch das Überangebot an Arbeitszeit durchgesetzt werden.
- Hauptsächlich sind davon Frauen betroffen, die inzwischen fast die Hälfte der Beschäftigten stellen. Allerdings erfolgte dieser Zuwachs durch eine Umverteilung innerhalb der weiblichen Beschäftigung durch mehr und kürzere Teilzeit sowie Minijobs bei fast gleichbleibenden Vollzeitäquivalenten.
- Das ist auch Ausdruck dessen, dass das „Normalarbeitsverhältnis“ heute immer noch von der überkommenen Vorstellung vom Mann als „Ernährer“ ausgeht und die Frau bestenfalls „hinzuverdient“.

Immer mehr Menschen fehlt die Zeit für Erholung, Familie, Freunde, politisches, kulturelles und soziales Engagement u. v. m. Das macht sich auch durch die Zunahme psychischer Erkrankungen bemerkbar, die Arbeitskraft wird so verschlissen, dass Arbeit bis 67 zu Illusion, zum Hebel für Rentenkürzung wird.

Letztendlich schwächt die Massenarbeitslosigkeit die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung, schränkt ihre Kampfkraft auf allen Feldern der Klassenauseinandersetzung ein.

Vor allem nach dem Scheitern der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie scheint die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit kein strategisches Ziel der Gewerkschaften mehr zu sein. Auch aus den Belegschaften kommt kaum der Ruf nach ihr, sei es aus

Angst um die Wettbewerbsfähigkeit „ihres“ Betriebes und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, sei es, dass zunehmende Arbeitshetze fälschlich mit weniger Arbeitszeit zur Erledigung ihrer Arbeit in Verbindung gebracht wird.

Die subjektiven Erfahrungen vieler Kernbelegschaften aus den Krisenjahren 2008 und 2009, dass Kurzarbeit als eine Form der Arbeitszeitverkürzung ihre Arbeitsplätze sicherte, wenn auch zu Lasten der Löhne und der Arbeitslosenversicherung, ist verblasst. Auch die in der Zeit durch mehr Freizeit gewonnene zusätzliche Lebensqualität ging im Gerede vom Ende der Krise und dem Aufschwung in Deutschland unter.

Dennoch findet unter vielen Gewerkschaftern, in linken und fortschrittlichen Organisationen eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit und deren Durchsetzungsmöglichkeiten statt. Ein Beispiel dazu ist das „Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“ von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup und Prof. Dr. Mohssen Massarrat vom Mai 2011. Auch bei dem anstehenden Kongress von ver.di und dem Gewerkschaftstag der IGM werden in Anträgen entsprechende Forderungen erhoben. Sie sind aber nicht unumstritten, Teile der Gewerkschaften bevorzugen tarifvertragliche Lösungen wie Altersteilzeit, früherer Ausstieg durch Langzeitarbeitskonten etc. Solche Regelungen müssen zum einen überwiegend von den Beschäftigten selbst erarbeitet werden, zum anderen profitiert nur ein Teil der Arbeiterklasse davon. Der Druck aus den prekären Bereichen wirkt dabei weiter auf die Kernbelegschaften. Rein tarifliche Forderungen wirken auch nur sehr begrenzt mobilisierend auf jene 30 Prozent der Arbeiterklasse, die erwerbslos oder prekär beschäftigt sind.

Die DKP tritt ein für

- eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, mit der Perspektive 30 Stunden,
- ein Renteneintrittsalter von 60 Jahren,
- sechs Wochen gesetzlich garantiertem Mindesturlaub,
- eine gesetzliche Beschränkung der Höchstarbeitszeiten von 8 Stunden am Tag und 40 Stunden wöchentlich im Arbeitszeitgesetz in einer 5-Tage-Woche und bei Erhalt des freien Wochenendes.
- Einschränkungen, langfristig Verbot von Leih- und Zeitarbeit, sofort gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde.

Die Durchsetzung dieser Forderungen kann nicht nur tarifvertraglich geregelt werden, sie wird einer breiten gesellschaftlichen Initiative all jener bedürfen, die, um die gewerkschaftliche Losung hier aufzugreifen, „Für ein besseres Leben“ zu kämpfen bereit sind, ob Kernbelegschaften, „Prekariat“ oder Erwerbslose.

Das Einbringen der DKP in die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung kann nicht Sache einer zeitlich befristeten Kampagne sein, es muss eine langfristige Aufgabe der DKP, ihrer Mitglieder und ihrer Untergliederungen sein. Deshalb kann hier kein abgeschlossener Aktions- oder Arbeitsplan stehen, sondern nur eine zu ergänzende Auflistung von Schritten dahin, die Partei und ihre Mitglieder zum Eingreifen zu befähigen.

Dazu zählen

- regelmäßige Beiträge in der UZ, UZ-Extra und auf kommunisten.de,
- ein Schwerpunktheft der Marxistischen Blätter anregen,
- kurze Druckvorlagen für Flugblätter und Gruppenzeitungen, für regionale und lokale Internetseiten der DKP,
- eine Sammlung von Beiträgen, Artikeln etc. auf einer allgemein zugänglichen Internetseite,
- zumindest ein Bildungsthema, ggf. mehrere über einen längeren Zeitraum,
- Seminar(e) an der Karl-Liebknecht-Schule
- Konferenzen und Beratungen, in Bezirken und Kreisen, Mitgliederversammlungen und öffentliche Veranstaltungen,
- auch mit der Unterstützung wissenschaftlich arbeitender GenossInnen und/oder anderer hier engagierter Persönlichkeiten (ReferentInnenlisten)
- mittelfristig bundesweite Aktionstage, z. B. im Vorfeld des 1. Mai 2012

Der Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft des Parteivorstandes befasste sich im Rahmen einer zweitägigen Beratung Ende August mit dem Thema, er beauftragte eine Arbeitsgruppe, weitere Konkreti-

sierungen vorzunehmen.\* Er wird weitere zentrale Beratungen und öffentliche Veranstaltungen zum Thema anbieten.

Andere Kommissionen und Arbeitskreise, z. B. Kommunales und Frauen, sollen sich mit der Thematik befassen und Zugänge zum Thema aufzeigen, die über die rein betrieblichen und gewerkschaftlichen hinausgehen und so allen Parteigliederungen Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

Da insbesondere Jugendliche von den o. g. geschilderten negativen Auswirkungen der derzeitigen Arbeitszeitpraxis betroffen sind, sollte mit der SDAJ beraten werden, ob und wie sie hier einen jugendspezifischen Beitrag leisten kann.

*\* Diese wird am 4.11.2011 tagen.*

(Einstimmig beschlossen)

---

### **Beschluss**

Der Parteivorstand der DKP nutzt die Internetseite „solidnet“ ([www.solidnet.org](http://www.solidnet.org)). Das Sekretariat des Parteivorstandes entscheidet über die Veröffentlichung von Erklärungen des Parteivorstandes auf der Internetseite „solidnet“.

(Einstimmig beschlossen))

---

## **Theoretische Konferenz der DKP**

**30. Oktober 2011, 11.00 bis 17.30 Uhr  
Hannover, Freizeitheim Linden, Windheimstraße 4**

\*

**Anmeldeschluss ist der 10. Oktober 2011**

\*

**Anmeldungen über die Bezirksvorstände der DKP**